

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis mit den Wochenbeilagen „Wider der Woche“ (die Post Haus monatl. Ersch. wochentl. nachm. Einschulung 15 Wfa. Geschäftstagen: Halbt. 4 (Poststelle) u. G. 4 (Post) 88. — Im Jahre 666. Gemalt (Zerf. u. m.) besetzt kein Anspruch auf Lieferung o. Rückvergütung. Anzeigenpreis für den 8. Sp. Millimeter 7 Wfa. in Reklametext (3. Sp.) 28 Wfa. für Chiffre u. Nachweisung 21 Wfa. Ausschlag kammissionen ermäßigt. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Merseburg. Anzeigenfrist 10 Uhr vorm. — Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. — Postfachkonto Leipzig 16 654. Fernspr. 100/101.

Mittwoch, den 14. Januar 1925 165. Jahrgang

Um die Zusammenziehung des Kabinetts Luther. Endlose Verhandlungen der Fraktionen.

Die Verhandlungen über die Kabinettsbildung, die gestern zum größten Teile zunächst in Sitzungen der Fraktionen und der Fraktionsvorsitze geführt wurden, bezogen sich schon auf die Besetzung der einzelnen Ministerposten und auf das Programm des Kabinetts. Dabei sind natürlich Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Fraktionen entstanden. Am Montag hat abends wurde eine amtliche Erklärung ausgegeben über die Verhandlungen Dr. Luthers mit den Fraktionen. Der Kernpunkt dieser Besprechungen war der, daß in der neu zu bildenden Regierung ohne fraktionelle Bindung jede Fraktion mit je einem der Fraktionen angehörenden Vertrauensmann vertreten sein soll, im übrigen aber die Besetzung durch Sachminister erfolgen soll, bei deren Auswahl durch den verantwortlichen Kämmler eine gewisse Rücksicht auf die politische Einstellung genommen werden soll. Ueber diese neue Grundlage hat das Zentrum eine Fraktionsberatung abgehalten und unter Vorbehalt der letzten Entscheidung nach Kenntnis der Gesamtplanung des Kabinetts diesen Plan einstimmig angenommen. Das Zentrum hat nach diesen Beschlüssen die Verantwortung im Kabinett schon dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns liegen haben würde, hat den Wunsch geäußert, daß entweder das Ministerium für die besetzten Gebiete oder, falls das Innenministerium und das Ministerium für die besetzten Gebiete vereinigt werden würden, das Innenministerium mit einem dem Zentrum nachstehenden Persönlichkeitsbeleg würde, wobei die Namen des Kölner Oberbürgermeisters Dr. Adenauer oder des früheren Ministers für die besetzten Gebiete in Aussicht genommen wurden.

Auf der anderen Seite hat die Deutschnationale Volkspartei schon Montag den berechtigten Wunsch geäußert, wenn von anderen Fraktionen Persönlichkeiten vorgeschlagen werden und damit das System des Vertrauensmannes durchbrochen wird, auch weitere Ministerien mit Persönlichkeiten besetzt werden, die den Deutschnationalen nachstehen.

Wichtige Wünsche sind dann auch bei den übrigen Fraktionen aufgetaucht. Diese mehr auf die Persönlichkeiten des neuen Kabinetts gerichteten Wünsche sind aber in den weiteren Verhandlungen auch mit der Frage verknüpft, inwieweit mehrere von den Fraktionen schon jetzt im Reichstag eingebrachte Anträge der allgemeinen politischen Richtung eines Kabinetts Luther entsprechen würden. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um Anträge der Deutschen Volkspartei über die Pfingstfrage

Der „Temps“ über ein Kabinetts-Luther.

Paris, 14. Jan. Die allierte Presse sieht ein Kabinettsbildung durch Luther im großen und ganzen ablehnend gegenüber. Der „Temps“ ist der Auffassung, daß ohne Unterstützung durch das Zentrum in Deutschland keine Regierung möglich sei. Das Blatt nennt das geplante Kabinetts ein Kabinetts der Verzweiflung, das sich nicht wehren halten können. Die Regierung Luther werde eine Regierung der Notwendigkeit und nicht einer Überlegenheit zur Regierung der Deutschnationalen darstellen. Infolgedessen werde sie ihr Leben infolge einer allgemeinen Zucht vor erneuter Auflösung des Reichstages setzen. Der Grund der Krise sei, daß die Regierung sich zur Besetzung ihrer notwendigen Ministerposten auf die Hilfe stützen müsse, die in Deutschland durchzuführen im Stande sei. Zum Unglück hätten die jüngsten Wahlen in Deutschland kein klares Ergebnis gehabt. Frankreich müsse unter den obwaltenden Verhältnissen große Vorsicht walten lassen und stets mit der Schwäche der demokratischen Bewegung ebenso der Linken rechnen. „Ebenfalls“ schreibt weiterhin, dieses angeblich neutrale Kabinetts werde in Wirklichkeit den Möglichkeiten der Zeit in dem in den Stand setzen, seine Politik fortzusetzen, die zu der gegenwärtigen Situation geführt habe. Was Geßler anbelangt, so würde, wenn er zum neunten Male auf seinen Posten als Reichsarbeitsminister besetzt würde, dies ein schlagender Beweis für die Kontinuität der Innadegierung Deutschlands sein.

Diese Behauptungen werden gegungen, um die deutschen Staatspolitiker vom Schlage Wirth, Koch und Müller zu einer noch geführgenheitspolitisch gegenüber den französischen Wünschen zu veranlassen.

Ein vielkeltiger Genosse.

Der preussische Ministerpräsident Brauns hat die durch den Austritt der Volksparteiler Bögel und von Wirth zu bewahrenden Ministerien des Kultus und der Finanzen übernommen. In dieser übermäßigen Belastung wird mitgeteilt, daß diese Maßnahme erfolgt ist, um die wichtigsten Aufgaben zu bewältigen. Die preussische Verfassung gestattet es nicht, wie die Reichsverfassung, daß ein verordnetes Ministerium provisorisch von einem Staatssekretär verwaltet wird, ebensowenig, daß ein zurückgetretener Minister vorläufig die Geschäfte weiterführt. Es sei denn, daß es sich um den Austritt des Gesamtministeriums handelt. Jetzt fragt man unwillkürlich: hat ein Minister so wenig zu tun, daß einer ohne weiteres die Funktionen von zwei Ministerien mit übernehmen kann? Da das nicht anzunehmen ist, besetzt die große Gefahr, daß die Annahme des „Genossen“ Brauns zu schweren Nachteilen für Preußen führen kann, denn bei einer solchen Überbelastung kann auch ein „Genosse“, als welches Brauns bei seinen Genossen gilt, die Überlastung verlieren.

Der Dames-Plan in Gefahr.

Newport, 13. Jan. Senator Vora h hielt im Senat eine beachtliche Rede, in der er ausdrückte, daß der Erfolg des Dames-Planes solange fraglich bleibe, bis die Endsumme von Deutschland zu zahlenden Reparationen endgültig festgesetzt worden sei. Die ausländische Administration des Reichstages müsse sofort besetzt werden, denn Deutschland bedürfe zur Ausführung des Dames-Planes völlige Freiheit auf allen Wirtschaftsgebieten. Der Dames-Plan könne nur dann voll zu seiner Auswirkung gelangen, wenn die Endsumme der deutschen Verpflichtungen in den von der Verantw. gebotenen Grenzen festgesetzt würden. Heute sei der Dames-Plan bereits wieder in Gefahr. Die wesentliche Bedeutung des Dames-Planes liege darin, daß er den Weg eröffne, der zur Lösung der großen Wirtschaftsprobleme führen könne. Er müßte in verschiedenen Punkten abgeändert werden, denn er überantworte die wirtschaftlichen und die inaktiven Energiequellen einer großen Nation fremden Interessen. Nur dann könne eine Dauerlösung dar, wenn Deutschland größere Anteile gewährt würden.

Eine Erklärung der deutschen Delegation in Paris.

Paris, 13. Jan. Zu den Nachrichten der französischen Presse über die angeblichen Werbung in den deutsch-französischen Wirtschafts-Verhandlungen und ihre Ursachen wird von zuständiger deutscher Seite mitgeteilt. In der ersten Verhandlungssitzung ist in dem Protokoll vom 13. Oktober 1924 die Basis gefunden, auf der sich ein deutsch-französischer Handelsvertrag aufbauen sollte. Auf der Grundlage dieses Protokolls überlag die deutsche Delegation der Beginn der zweiten Verhandlungssitzung im November 1924 einen Entwurf zu einem allgemeinen Vertragsschema. Am 30. Dezember bei Beginn der dritten Verhandlungssitzung, wurde ein französischer Protokollentwurf vorgelegt, der weder der in den bisherigen Verhandlungen gefundenen Basis noch den Richtlinien des schon von der deutschen Delegation übergebenen Entwurfes zu einem allgemeinen Vertragsschema Rechnung trug. Es ist darauf hinzuweisen, daß bereits bei den Verhandlungen in London von deutscher Seite erklärt wurde, daß ein deutsch-französischer Handelsvertrag nicht eine Fortsetzung der in dem Verfallener Vertrag vorgesehenen wirtschaftlichen Rechte darstellen dürfte. Der französische Protokollentwurf ist in wesentlichen Punkten besonders hinsichtlich einer teilweise Aufhebung der von Maß-Vorkehrungen vorgesehenen zollfreien Konventionen, hinsichtlich einer bloßen Wiederholung von Bestimmungen des deutsch-französischen Handels-

Der Westen und die Krise.

Am Interesse der Reichseinheit und deshalb auch im Interesse der unbefestigten Gebiete liegt es, bei allen inneren und außenpolitischen Fragen größte Rücksicht zu nehmen auf die besetzten Gebiete. Da diese Grundbedingung nicht zu befreiten ist, haben alle, denen diese Rücksicht unbequem war, mit diesem Gedanken ebenso zehntausend getrieben wie mit der oft erwähnten Rücksicht auf unsere früheren Gegner. Die Deutschnationalen sollten nicht in die Regierung kommen, und darum wurde der Reichstag aufgelöst — nur weil eine Regierung mit deutschnationalem Einfluß die Räumung Kölns nicht zugestanden würde. Nun ist das Piastoda, Köln wurde nicht geräumt, auch nicht einer Regierung Marx zuliebe, und so wird es Zeit, einmal das Verhältnis der besetzten Gebiete im Westen Deutschlands zur Regierungstruppe etwas näher zu beleuchten.

Der Vorrang des deutschen Westens bei der Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse hat besonders viele Vertreter gerade dieser Gebiete in die Weisungsregierung gebracht. Als ausgeprobte Vertreter besetzter Gebiete muß man Herrn Jarres und Dr. Luther ansehen. Beide haben sich, man muß das trotz der vielfach notwendig gewordenen Angriffe gegen sie feststellen, bedrängt. Sie erklärten sich, man von ihnen erwartete, sie besäßen Vertrauen in ihrer Heimat und übertragen dies auf die Besetzung der besetzten Gebiete durch die Reichsregierung, und sie bedachten den durch feindliche Besetzung geschafften politischen Bild mit nach Berlin. Heute wie sie, die die wirkliche Not der Besetzung zu spüren bekommen haben, sind auch des Vertrauens des unbefestigten Gebietes gewiß.

Aber da gibt es einen anderen Typ von „Vertretern des besetzten Gebietes“, die nur auf Grund ihres zufälligen Heimatortes im Westen und ohne wirkliche Lebensverhältnisse ihrer parteilichsten Stellung ein größeres Gewicht zu verschaffen suchen. Das Schulbeispiel hierfür ist Herr Adenauer aus Köln. Adenauer, der so oft schon vom linken Zentrumslager als Gutachter des besetzten Gebietes nach Berlin gerufen wurde, wenn es galt, der Gefahr einer Rechtsreaktion vorzubeugen, Adenauer, der selbst bei Regierungsverhandlungen bevorzugten Zutritt zu Dr. Marx hatte und der mit zu den schärfsten Feinden der nationalen Parteien gehört.

Dieser falsche Vertretertyp kann unendlich viel schaden. Und wenn jetzt Adenauer im Kabinett Luther auf dem Reichstag des Zentrums Innenminister werden soll, dann ist dies ein schwerer taktischer Fehler. Man muß bedenken, daß Jarres und Luther nicht als Parteiführer, sondern nur als Männer des besetzten Westens nach Berlin gekommen sind, während Herr Adenauer als fanatischer Parteimann kommt. Man soll auch bedenken, mit wie wenig Energie das Zentrum und die Sozialdemokraten eine Stärkung der Finanzsanftale in ihren eigenen Reihen vornehmen. Wir haben gerade die Affäre Köpfe überstanden, die um so peinlicher war, weil Köpfe sogar offizieller Vertreter der besetzten Gebiete war. Man sollte jetzt um so vorsichtiger mit dem Kabinett sein, die man sich selbst nicht lang genug durchsetzen muß. Unbegreiflich liegen die Dinge so, daß durch den Vorschlag Adenauers und durch die gleichzeitige Zurückdrängung der Deutschnationalen, der hiesigen Fraktion in der kommenden Regierungskombination, auf den wenig bedeutungsvollen Posten des Reichsarbeitsministers die Zentrumsmitglieder den Bau Luthers glücklich wieder zum Stoen beitragen haben. Jetzt gilt es, den Quertreibern die wahren Gründe ihres Ministeres vorzulegen, damit sie sich nicht noch mit dem Heiligenheiligen der Leute umgeben können, die da sagen: Alles nur für das besetzte Gebiet — und in Wirklichkeit doch ihre Partei meinen.

Sondern auch bei den Verhandlungen in Paris abgelehnt hatte. Von der französischen Delegation wurde gestern ein neuer Vorschlag übergeben, der zur Zeit einer eingehenden Prüfung durch die deutsche Delegation unterliegt.

Dieser Vorschlag stellt eine völlige Veränderung der Verhandlungsbasis dar und sieht nur eine beschränkte Weiterentwicklung vor. Er verläßt damit die Basis des von beiden Seiten des bisherigen Verhandlungen zugrunde gelegten Protokolls vom 12. Oktober 1924. Voranständig wird die deutsche Delegation morgen zu dem französischen Vorschlag Stellung nehmen, vielleicht auch einen Gegenentwurf übermitteln. — Aus diesem Ueberblick ergibt sich, daß die in der französischen Presse vertretene Auffassung, daß von deutscher Seite keine weiteren Vorschläge gemacht worden seien, nicht den Tatsachen entspricht.

Eine ablesende Antwort?

Paris, 14. Jan. Die Morgenblätter beurteilen die deutsch-französischen Verhandlungen nach wie vor mit großer Vorsicht. Ein Teil der Presse ist nach wie vor davon überzeugt, daß die deutsche Handelsdelegation heute nachmittag eine ablesende Antwort erteilen wird.

Schlussspruch der M. R. erst Ende Januar.

Paris, 14. Jan. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, daß die Zwischenberichte der internationalen Kontrollkommission erst nach und nach bei den alliierten Regierungen eingegangen sind, der Schlussspruch der Kommission sei jedoch nicht vor Ende Januar zu erwarten. Bisher könnten keine endgültigen Bestimmungen der alliierten Regierungen über die Note von Deutschland feststehen.

Man nimmt in deutschnationalen Kreisen an, daß die Regierungsbildung nur noch durch den Widerstand des Zentrums in irgendwelcher Art unmöglich gemacht werden kann.

Der amtliche Bericht

Berlin, 14. Jan. Gegen 10 Uhr abends wurde folgender amtlicher Bericht über die Regierungsbildung herausgegeben: Der heutige Tag wurde mit Verhandlungen über Personalfragen ausgefüllt. Die Verhandlungen sind so weit fortgeschritten, daß für Mittwoch die Besetzung des Reichsministeriums der Finanzen Dr. Luther mit der Kabinettsbildung erwartet werden darf.

Der neue Pressesief der Reichsregierung.

Berlin, 13. Jan. Als Nachfolger des mit dem Reichskanzler Marx von seinem Posten scheidenden Pressesiefers der Reichsregierung Ministerialdirektor Dr. Siederer, ist der bisherige Leiter des Reichsamt für den Pressebetrieb, der vortragende Legationsrat Saller, in Aussicht genommen.

Walters Abchied als Reichstagspräsident.

Berlin, 13. Jan. Der bisherige Reichstagspräsident Erzelens Walters (M. D.) führte in seiner Abschiedsrede vor den 2000 Arbeitern und Angehörigen des Reichstages u. a. folgendes aus: Nur kurze Zeit war es mir vergönnt, an der Spitze des Reichstages zu stehen. Mir hat aber daran schon beim Abschied meinen herzlichsten Dank für treue Mitarbeit und Kameradschaft ausgesprochen. Dann dankte der Präsident dem Reichstagsdirektor für seine wertvolle Mitarbeit und noch dessen Gedächtnis hervor. Gedächtnis sei die Erinnerung an große Freude, aber auch kleiner Direktor Galle übermittelte den Dank des Reichstages, und der neue Präsident Lobe verabschiedete für seine Tätigkeit in dankbarer Freue und Anerkennung.

Japan gegen die Meißbegünstigungen

Köln, 13. Jan. In einem Aufsehen erregenden Blattartikel über die zum Zeit der deutsch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen nimmt die „Loka-Rishi“ scharf gegen die beabsichtigte Gewährung der Meißbegünstigung an Deutschland Stellung. Vor dem Kriege, so schreibt das Blatt, hätte Deutschland Waren im Betrage von 140 Millionen Goldmark pro Jahr nach Japan ausgeführt, demgegenüber exportierte Japan nur für 26 Millionen Mark nach Deutschland. Deutschland ist also nicht bestrebt, den eigenen Handel um den mehrfachen Betrag zu steigern. Die japanische Regierung sei nun, abgesehen von einigen Meißnahmen, bereit, dem Deutschen Meiß unbefristet Meißbegünstigung zu gewähren. Ein derartiger Schritt aber, so führt das Blatt aus, würde die Entwicklung unserer verarbeitenden Industrie schmerzlich treffen. Inwieweit Meißbegünstigungen haben schon aus dem Import deutscher Waren große Schwierigkeiten gehabt, und diese Schwierigkeiten würden sich bei dem Abschluß eines Vertrages auf der Grundlage der Meißbegünstigung noch vermehren. Deutsche Anstrengungen auf industriellem Gebiet bedeuteten eine Gefahr für alle Nationen der Welt.

Meißbegünstigung für England und Kolonien.

Berlin, 13. Jan. Der „Daily Telegraph“ meldet offiziell, daß die deutsche Regierung vom 10. Januar ab England und den englischen Dominionen, soweit diese Deutschland die Meißbegünstigung eingeräumt haben, im Hinblick auf den Abschluß des deutsch-englischen Handelsvertrages bereits vor der Ratifikation des Handelsvertrages durch den Reichstag die Meißbegünstigung eingeräumt hat.

Das ist wieder eine der unbedachten Handlungen der Interimregierung. Noch mehrbedauerlich ist die Tatsache, daß wir erst durch eine englische Zeitung davon Kenntnis erhalten.

Amerikas Interesse am deutschen Zepelinbau.

Die Fortsetzung der Zepelinwerke ein wirtschaftliches Verbrechen.

Newport, 13. Jan. Senator Koppeler schritt im Kongreß die Frage des Zepelinbaues in Friedrichshafen an. Er verlangte, daß die amerikanische Regierung versuche, den Obersten Rat dahin zu bewegen, den Luftschiffbau weiter zu gestalten.

Er stellte fest, daß Amerika heute Luftschiffe ohne Verzögerung und in dem dritten Teil der Zeit und zu einem Drittel der Kosten aus Deutschland erhalten könne, als wenn es sie selbst bauen würde.

Von Deutschland bis Amerika wäre nur eine Flugzeit von zwei Tagen notwendig. Die Kosten betragen für die „Zebanad“ 33 Cents und für „Los Angeles“, früher V. 3, 126, nur 18 Cents pro Kubfuß. Die Zepelinwerke liefern in wenigen Monaten, während andere Werften erst in Jahren liefern könnten. Dies bedingt den amerikanischen Profit gegen die Fortführung der Werke, da der militärische Nutzen gering ist. Die Fortführung selbst bedeute ein wirtschaftliches Verbrechen, das ebenso groß wie absurd ist. Die verpöbende Nachprüfung durch die Vorkaufsinterferenz sei leider nicht erfolgt. Er gab interessante Einzelheiten über einen Vertrag der amerikanischen Regierung mit der Werft über den Bau eines neuen Luftschiffes, das dreieinhalb Millionen Kubfuß enthalten solle. Trotz beiderseitiger Abzählung sei der Vertrag zurückgezogen worden, weil ein Protest des Vorkaufsterrates erfolgte. Er schloß mit einem Protest gegen die Verge waltung der amerikanischen Rechte, dort zu kaufen, wo die Ware am besten und am billigsten zu erhalten sei.

Frankreichs Machtpolitik im Orient.

Der auch in Deutschland bekannte japanische Diplomat vicomte Mutschowski, der zuletzt der japanischen Botschaft in Brüssel angehörte, hielt in Tokio eine äußerst interessante Rede über Frankreichs Machtpolitik im Orient. Ausgehend von der geographischen Lage Frankreichs im zentralen Asien wies der Redner auf die Bedeutung Indochina hin, das über reiche Rohstofflager verfügt, zwei ausgezeichnete Häfen Saigon und Haiphong besitzt und somit einen Zugang zum eigentlichen China bildet. Neu-Kaledonien, das nur drei Tage von Sibirien entfernt ist, bietet dem Schiffsverkehr durch den Japan-Raumweg Schutz und Sicherheit. Auch Tahiti mit den umliegenden Inseln und Inselchen bildet für Frankreich eine wichtige Stütze im Verkehr zwischen Australien und Amerika. Eine Gruppe im Bereich des Indischen Ozeans, das heißt die Seestützpunkte gänzlich ändern würde, je nachdem Frankreich die Hilfsmittel seiner Niederlassungen den Kriegsverlust zur Verfügung stellt, ist es trotzdem klar, daß diese ein Element großer Wichtigkeit darstellen, das bei einer bevorstehenden Gelegenheit oder Krise von entscheidendem Einfluß sein könnte.

Natowasi in Berlin.

Berlin, 13. Jan. Der russische Botschafter in London Natowasi ist gestern in Berlin ein und hatte eine Unterredung mit Botschafter Kretschin. In der offiziellen russischen Kreislage verlautet, ist eine Grundlage für weitere Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und England gefunden. Die Russen erklären, daß sie keinerlei Konzessionen an die englische Finanz machen werden. Die Bedingungen für eine Anleihe bleiben russischerseits dieselben. Es sei demzufolge ein Abwenden seitens der englischen Finanzkreise zu erwarten.

Bayerns Protest gegen die Ausräumung Kölns.

München, 13. Jan. Zu Beginn der heutigen Vollziehung des Bayerischen Gesetzes zur Ausräumung des Rheinlandes namens des Landtages eine Protesterklärung gegen die Ausräumung der Kölner Zone ab. Die Abgeordneten der Parteien mit einziger Ausnahme der Kommunisten hatten sich von den Sitten erhoben. Am Anfang hieran gab auch der Ministerpräsident Dr. Held namens der Staatsregierung eine Erklärung ab, in der ebenfalls förmlich Protest gegen den Druck des Reichstages durch die Entente eingeleitet wurde. Nun verlangen die Kommunisten das Wort zur Abgabe einer Erklärung. Auf Antrag des Abg. Hilbert wurde aber mit den Stimmen der Koalitionsparteien und der Reichstages beschlossen, den Kommunisten das Wort nicht zu erteilen. Es entstand hierauf bei den Kommunisten ein heftiger Lärm, daß der Präsident mit der Aufhebung der Sitzung drohe. Schließlich konnte der Präsident Ruhe schaffen und das Haus in seine Tagesordnung einreten.

„Für Freiheit und Macht.“

Die Reichsgründungsfeier des 3. 1. St.

In der Aula der Berliner Universität wurde unter buntem Rahmenbaldachin eine erhebende Kundgebung für die deutsche Reichseinheit abgehalten. Der Verein deutscher Studenten veranstaltete, wie alljährlich, seine Reichsgründungsfeier, an der der Reichsinnenminister Dr. Jarres, General v. Seedt und zahlreiche Abgeordnete des Reichstages und Landtages teilnahmen.

Das erste Wort hatte die Jugend. Hr. Sprocher, Stud. iur. Wolfgang Hüttner, Vorsitzender des V. d. St., ein ehemaliger Werkschüler und Initiator des heiligen Donngemahntums, begrüßte die Versammlung mit der gehaltenen Rede der Jugend, die ihrer Begeisterung über das große Ereignis der Reichsgründung Ausdruck geben möchte, wenn die Situation, in der sich dieses Reich augenblicklich befindet, die Begeisterung nicht allzu hart und geäußert dämpfen würde. Die Freude hielt dann das Mitglied des Reichstages Professor Dr. Hoegy. Er redete mit von tiefer Regung durchdrungenen Worten die Erinnerung an die Glanzzeit unseres Vaterlandes — wenn es auch nur Worte schmerzlicher Enttäuschung waren. Einen Zug nach der Richtungsänderung der Kölner Zone, meinte er, sei es ihm unmöglich, im Angesicht dessen, was sich ein Bild zu entwerfen von dem, was war. Nur das Unrecht seines schon unrichtigen Themas lag, die tausendjährige Geschichte der Zugehörigkeit der Rheinlande zum Deutschen Reich, schloß er mit der tiefen Durchdringung des Historikers und der bezeichnenden Realität des Politikers. Besonders zeigte er die Wichtigkeit der Erziehung von Volk und Staat. Er schloß mit der Mahnung: „Mach die deutsche Jugend, arbeite am Staat. Ertrag allem, was auch abfällt, achte auf den Staat! Arbeitet am Deutschen Reich für Freiheit und Macht!“

Mit dem Beginn des Deutschlandliedes unter dem Akkordeon der Schläger schloß die erhebende Feier. Es war ein Gefühlnis von Deutschlands Jugend für Deutschlands Zukunft.

Politische Rundschau

Die Aufwertungsfrage.

Eine aus Delegierten des Reichsfinanzministeriums und des Reichsjustizministeriums sowie aus Mitgliedern des Kammergerichts bestehenden Kommission ist seitens der Regierung damit beauftragt worden, einen Entwurf für ein neues Aufwertungsgebot bis zum 15. Februar auszuarbeiten.

Bainlebe wieder Kammerpräsident.

Nach einer Pariser Meldung wurde gestern in öffentlicher Wahl Bainlebe mit 313 gegen 21 Stimmen der Kommunisten zum Präsidenten der Kammer wiedergewählt. Die Opposition erhielt sich der Ablehnung.

Verteidigung des deutschen Eigentums in Australien.

Die „Information“ meldet aus Melbourne, daß das in Australien beschlagnahmte deutsche Eigentum demnach meistbietend versteigert werden soll.

Amerikas Einigung mit den alliierten Finanzleuten.

„Quas“ meldet aus Washington, daß die Regierung der Vereinigten Staaten, das heißt dem amerikanischen und alliierten Finanzdelegierten in Paris getroffene Überleitungen gutheißt.

Sibirien mit zur Goldwahrung zurückzukehren.

Nach einer Meldung aus Peking (Sibirien) wurde amtlich bekanntgegeben, daß die Finanzverwaltung der Regierung die Wiedereinführung der Goldwahrung ab ersten Juli empfohlen haben. Die Regierung wird die nötigen Maßnahmen, die hierfür erforderlich sind, treffen.

Die Kämpfe um Schanghai beendet.

Peking, 13. Jan. Die Kämpfe um Schanghai sind beendet. Marshall G. H. G.uan beherrscht die Gegend völlig. Die einzige Gefahr für die Niederlassungen droht von den zahlreichen Banden der gestochenen Aufreiter. Drei englische Zerstörer sind von Waikou abgegangen und drei weitere Kriegsschiffe werden folgen.

Aus Stadt und Umgebung

Polizeiverordnung über Bauvorlagen.

Auf Grund der §§ 6, 12, 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850, und der §§ 133 und 144 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und der §§ 73, 74 der Baupolizeiverordnung für die Städte des Regierungsbezirks Merseburg mit Ausnahme der Stadt Halle a. S. vom 27. November 1913 wird mit Zustimmung des Magistrats für den Stadtbezirk Merseburg nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

1. Die nach § 3 der Baupolizeiverordnung für den Regierungsbezirk Merseburg vom 27. November 1913 einzusetzenden Bauvorlagen sind nicht in 2. sondern in 3. Ausfertigungen einzulegen, davon 2 Ausfertigungen auf Entwurf (§ 3 der Baupolizeiverordnung vom 27. November 1913). Die richtige Darstellung der Baustelle, des Lageplanes und der Berechnung muss katastralvermessen oder von einem berechtigten Landmesser bescheinigt werden. Ausnahme von diesem Erfordernis ist bei der Baupolizeiverwaltung Bauvorlagen zu beantragen. Sie sind nur bei Bauten geringeren Umfanges oder geringerer Bedeutung gestattet werden.

2. Vorstehende Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Vergütungsvertrag an der Dienherrenschaft.

Eine jugendliche Verbrecherin.

Das 15jährige Dienstmädchen Ida Müller, die im Zudergesäß 8 W 86 in der Kleinen Ritterstraße 14 in Stellung ist, hat gestern nachmittag versucht, ihre Dienherren zu vergiften. Sie hat sich zu diesem Zwecke in einer Drogerie Kattengift verschafft, das sie dem Kaffee beigab. Das Gift verheftete jedoch seine Wirkung, und Frau Wöhme stellte am Gesomach die Vermischung fest.

Wann gehe ich ins Hallische Stadttheater?

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerst.	Freitag	Sonnt.	Sonntag
12. 1.	13. 1.	14. 1.	15. 1.	16. 1.	17. 1.	18. 1.
Inf. 7/1	Inf. 7/1	Inf. 7/1	Inf. 7/1	Inf. 6/1	Inf. 7/1	Inf. 3/1
Gaßpiel	Schwannens	Der	Ein	Trilian	Ein	Verdammnis
Rachspiel	weiss	Barber	Volkslieb	Stolze	Volkslieb	Bar und Zimmermann

Die schon in so jungen Jahren auf eine schiefse Bahn geratene Müller befristete eine Anzeige, da sie im Hausbau mehrere Diebstähle in Höhe von 175 Mark begangen hatte, und wollte dem zuvorkommen. Sie wurde festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt.

Veränderung der Abgabebestimmungen der städtischen Werke.

Die durch Gemeindevorstand vom 6. 12. Januar 1925 — VIII 183/24 — genehmigten 1. Nachträge zu den Gas-, Wasser- und Elektrizitätslieferungsbedingungen nebst Tarif für das städtische Gas, Wasser- und Elektrizitätswesen vom 21. März 1924 — VIII 648/21 — betreffend widerrechtliche Entnahme von Gas, Wasser und Strom treten mit dem 1. Februar 1925 in Kraft. Es liegen im Geschäftszimmer der städtischen Werke, der Bauverwaltung und in der Verkaufsstelle Markt 13 während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus.

Theaterabend der „Irene.“ Zum ersten Mal im neuen Jahr hatte der hiesige Musik- und Gesangsverein „Irene“ für gestern Abend seine zahlreichen Mitglieder und Freunde nach dem Theatral eingeladen, wo man bei launigem Theaterpiel und anschließendem fröhlichem Tanz einige gemüthliche Stunden erleben konnte. Der Abend verlief sehr angenehm, aber hatte man auf das Programm gesetzt: „Sie kriegen sich“ von Erich Scholl — ein Titel, der schließlich alles besagt, so daß man über den Inhalt des Stückes kein Wort zu verlieren braucht. Die Darsteller bewiesen, daß sie nicht nur im Gesangsbereich, sondern auch auf der Bühne der humorvollen Kunst ihren Mann voll und ganz zu stehen wußten. Es wurde sehr viel gelacht und herzlich geklatscht. Der starke Beifall am Schluß des Stückes bewies, daß der Erfolg ein durchschlagender gewesen war. Zu Beginn des Abends hatte der neue erste Vorsitzende des Vereines, Herr Kauf, in einleitenden Worten die Ergebenheiten herzlich begrüßt, vor allem aber dem aus dem Amte des Vorstandes geschiedenen Herrn Angewieser für seine jahrelange treue Arbeit im Dienst der „Irene“ bestens dankend und zugleich auch für die anerkennenden Beweismomente der Vereinsthätigkeit im neuen Jahr aufs genaueste vorbereitet werden, so daß mit einem würdigen glänzenden Programm für 1925 gerechnet werden kann. Er schloß mit einem begeisterten aufgenommenen dreifachen Hoch auf die „Irene.“ — Der sich an das Theaterstück anschließende Tanz hielt die Anwesenden noch einige Stunden in bester Stimmung zusammen, und auch hier die anerkennende Beweismomente dem frohen Treiben ein viel zu frühes Ende machte.

Verunsicherte Warenhandlung? In ein Geschäft in der Schmalen Straße kam Montag früh eine junge Frau, die sich mehrere Waren ansuchte und sich zum Kauf eines Koffers, einer Handtasche, eines Portemonnaies und einer Tischdecke entschied. Sie gab sich als Frau eines Werkmehrsers Robt, der in den Seemannswesen tätig sei und in Neu-Niemye wohne, aus. Fernerhin erklärte sie dem Geschäftsinhaber, ansehend zum Mittel zu erweisen, daß sie lange Zeit schwer krank gewesen sei. Als sie dann bezahlen wollte, erklärte sie, kein Geld zu haben. Am gleichen Vormittag hat dieselbe Person in einem anderen Geschäft versucht, sich Waren zu erschwindeln. Es besteht der dringende Verdacht, daß es sich um eine Warenabschwinderin handelt. Die Geschäftsführer seien deshalb gewarnt. Die Frau war etwa 25 Jahre alt, 1,6 Meter groß, vom gesundem Aussehen und mit einem braunen Haar. Sie trug eine alte, etwas abgewetzte hohe Hut und hatte ein etwa 2 Jahre altes Mädchen bei sich.

Brodenannung, Karlsruher 4. Die Brodenannung ist bis Mitte Februar geschlossen.

Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge. Vom 5. Januar 1925 bis 31. Januar 1925 betragen die von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern je zur Hälfte zu leistenden Beiträge 1,5 v. H. des Grundlohnes der Arbeitnehmer.

Trudfieberberichterstattung. In der im Amtsblatt Nr. 42 vom 23. Dezember 1924 veröffentlichten Erdschlagberichterstattung vom 30. November 1924 — V. B. 682/24 — muß es in Zeile 6 des Kopfes der Berichterstattung statt 27. Oktober 1913 „27. November 1913“ heißen.

Personalveränderungen in der Armee. Mit 1. 1. 25 sind befördert worden: zum General der Infanterie: Generalleutnant Reinhardt, Oberbefehlshaber der Gruppe 2; zum General der Kavallerie: Generalleutnant v. Boye, Infanterie der Kavallerie; zu Generalleutnants: die Generalmajor Ritter von Danner, Kommandant von München, dem Generalmajor des Heeres-Musikanten: zu Generalmajor: die Obersten Richter, Inf.-Ritt. 1; Heßberg, Inf.-Ritt. 6; zu Oberleutenants: die Oberleutenants von Weber, Inf.-Regt. 4, Fehr, von Schein, Komd. d. Tr.-Abt. 11, Wenz, zu Oberleutenants: die Major Starke, Inf.-Regt. 3, Schein, Inf.-Schule; zu Majoren: die Hauptleute Ziegler, Inf.-Regt. 14, Weber, Lt. d. Gr. Ados., zu Hauptleutenants: die Oberleutenants von Richter, Inf.-Regt. 9; zum Rittmeister: Oberleutnant Köpfer, Inf.-Regt. 18; zu Oberleutenants: die Leutnants Kleiniger, Inf.-Regt. 10, Erdmann, Inf.-Regt. 8, Gerhardt, Inf.-Regt. 3, Hartmann, Inf.-Regt. 4, Keller, Inf.-Regt. 13.

Die Beschaffung von Feldkassengeräten durch das Reichsernährungsministerium erleichtert. In einer Mitteilung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft heißt es u. a., daß die wirtschaftliche Meinung der deutschen Landwirtschaft und die Sicherstellung der Ernährung durch die Inanspruchnahme von wirtschaftlich tragbaren, mit dem Weltmarkt konkurrierfähigen Preisen eine möglichst schnelle Inanspruchnahme der landwirtschaftlichen Betriebe notwendig machen. Die hierzu dringend benötigten brauchbaren Feldkassengeräte konnten wegen der überhöhten Preise der deutschen Geräte bisher nicht beschafft werden, so daß im Frühjahr und Herbst die Einfuhr von 600 Randschließern festgesetzt werden mußte. Nach der Beschaffung und der weiteren Arbeitsaufnahme der deutschen Feldkassengeräte ermüdete das Landwirtschaftsministerium durch Bereitstellung billiger Geräte und durch Förderung der Herstellung von Großgeräten die Anschaffung deutscher Erzeugnisse. Das Ministerium legte mit einer Reihe von Firmen die Lieferbedingungen fest, nach denen beim Bezug von Kriegserzeugnissen 10 Prozent bei der Bestellung angesetzt, 5 Prozent bei der Lieferung des Erzeugnisses geschont werden. Der Kaufpreis für Kaufpreisen braucht erst nach der neuen Ernte entrichtet zu werden, kann jedoch auch durch Ratenszahlungen getilgt werden.

Erwerbslosenfürsorge auch für Schwertriebschädigte. Schwertriebschädigte sind mitunter als Erwerbslose nicht unterstützt worden, weil die benötigten Stellen angenommen hatten, daß sie wegen der Höhe ihrer Militärverdienstgelder nicht in weitem Maß als bedürftig anzusehen und deshalb von dem Besuche der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen sind. Dies trifft nach einem Schreiben des Reichs-erwerbslosenbüros nicht zu. Die zur Gewährung berechtigten Stellen können vielmehr, namentlich bei Kriegseinsparungen, eine erhöhte Bedürftigkeit wegen der besonderen Ausgaben anerkennen, die diesen durch die Wehrmachtigung ihrer körperlichen Unverletzbarkeit entstehen. Das Existenzminimum kann entsprechend erhöht werden. Auf den zu ermittelten Betrag des Bedarfs werden dann allerdings die Militäreinkünfte einschließend der Pfändung der Einkünfte angerechnet. Nicht angerechnet wird nur die Zulage.



In unser Handelsregister Abt. B ist heute bei Nr. 52 der Firma „Ammoniakwerk Merseburg, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Merseburg eintragend worden: Nach dem Umstellungsbeschlusse vom 18. Dezember 1924 soll das Stammkapital auf 135,000,00 Reichsmark ermäßigt werden. Die Ermäßigung ist erfolgt. Das Stammkapital beträgt jetzt 135,000,00 Reichsmark. Die Säugung ist der Umstellung gemäß, auch bezüglich des Stimmrechts geändert worden.

Merseburg, den 9. Januar 1925.
Amtsgericht.

Zwangsvollstreckung.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft sollen am 11. April 1925, vormittags 10 Uhr — an der Gerichtsstelle — in Merseburg — Zimmer Nr. 20 — versteigert werden das in Grundbuche von Merseburg Band 66 Blatt 2568 eingetragene Eigentümern am 20. Mai 1921, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Fuhrwerksbesitzer Franz Schönfeld in Merseburg unter Nr. 1 und 6 im Versteigerungsprotokoll eingetragenen Grundstücke Gemarkung Merseburg Kartenblatt 16 Parzelle 491/172, 10 a 30 qm groß, Grundflächennutzungsart Nr. 1850, Nutzungswert 1206,— Mk., Gebäudefeuerrolle Nr. 1563 Wohnhaus mit Hofraum und Hausgarten, Feldstraße 17 und Gemarkung Merseburg, Kartenblatt 6 Parzelle 1256/279 ufm. Acker Plan 883 und 884 5 a 70 qm, Grundflächennutzungsart 99/100 Flr.

Merseburg, den 2. Januar 1925.
Das Amtsgericht.

Deutschnationale Volkspartei

Ortsgruppe Merseburg.

Unsere verehr. Mitglieder laden wir zu der am Donnerstag, den 15. ds. Mts. abends 8 Uhr im Zwölft, Zimmer 1 stattfindenden

Jahres-Hauptversammlung

zu vollständiger Teilnahme freundlichst ein. Tagesordnung wird dortselbst bekannt gegeben. Der Vorstand Reichardt.

Reichsverband der Elektrizitätsabnehmer Sachsen-Anhalt.

Haupt-Versammlung

am Sonnabend, den 1. Januar nachm. 3 Uhr im Saale a. 2 Auditorium Maxiumm der Universität.
1. Referat Dipl.-Ing. Borchardt, Halle: „Wendungen der Schiedsgerichtsbarkeit vom 1. 2. 10.“
2. Aussprache über Strompreise.
3. (4 1/2 Uhr gemeinsam mit der Elektrotechn. Gesellschaft, Halle)

Vortrag Dr. Schulze, Dresden: „Die Entwicklung der neuesten Guttenkonventionierung und des Elektrohalter-Verfahrens.“ Gäste willkommen.

Bruchleiden

Brüche sind heilbar ohne Operation, ohne schmerzhaftes Einspritzen. Vollständig ohne Berufshinderung.

Zur Behandlung kommen: Leisten, Schenkelhöden, Nabel- und Bandschneide.

Sprechstunde in Merseburg, Donnerstag, den 15. Januar nachm. 3-6 Uhr u. Freitag, den 16. Januar vorm. 1/9-1 Uhr, „Müllers Hotel“.

Dr. med. H. L. Meyer, prakt. Arzt
Spezialbehandlung für Bruchleiden
Hamburg, Schauenburger Straße 4.

Über 100 amtlich beglaubigte Atteste Geheilten liegen vor der Sprechstunde aus, z. B.:

„Herrn Dr. Meyer, ich spreche Ihnen meinen Dank aus für Ihre schnelle und gute Behandlung, denn nach kaum einem Vierteljahr ist mein Bruch vollständig verschwunden. Wie ich Ihnen feierlich mitteile, bin ich bereits operiert worden, doch ist der Bruch nach kurzer Zeit wieder herorgetreten. Ich habe mich schließlich nach Ihren Behandlungsvorschritten gerichtet, wie hierum meinen Dienst zu versehen brauche, als auch sonst bei dem Selbstverfahren keine nennenswerten Schmerzen verspürte. Ich mich wiederholt danken u. bin lehrer, gerne bereit, etwaigen Mitgläubigen persönlich meine Stellung mitzuteilen.“

Braunschweig. Herrmann W., Jungführer



AGUMA
-GERSTEN-
KAFFEE
Reichspatent N° 337163
In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Eine Reise nach Leipzig ist lohnend!

Nach erfolgter

Inventur - Aufnahme

habe ich alle

Möbel

im Preise herabgesetzt!

Nützen Sie die Gelegenheit aus!

Za. 300 Zimmer nur Qualitäts-Möbel

Einige Beispiele:

Schlafzimmer, echt Eiche — Speisezimmer, echt Eiche

Spiegelschrank 180 cm **725** Büffet 180 cm **825**
komplett Mk. komplett Mk.

Herrenzimmer, echt Eiche

Bücherschrank 180 cm **790**
komplett Mk.

Lieferung innerhalb Deutschlands frei Haus. — Kostenlose Aufbewahrung

Grösstes Spezialhaus

Josef Hirsch

Leipzig, Zeitzer Strasse 6 b.

Radio - Empfangs - Anlagen

nur erstklassige Fabrikate

Radio - Einzelmaterial

zum Selbstbau von Apparaten

Gandkraftwerke, Verkaufsstelle:

Gottfriedstraße 29.

Telephon Nr. 221.

Mein Büro

befindet sich jetzt Markt 10
im Hause der

Merseburger Vereinsbank!

Dr. Hanns

Rechtsanwalt u. Notar.

Freitag, den 16. ds. Mts. ab vormittags 10 Uhr,
landwirtschaftliche Inventar-Auktion
in Jungsdorf b. Köbisdorf im Gute des Herrn Dr.
Böhme dorelbit. (siehe ausführl. Zettel v. 7. ds.
Mts. Ferner kommen zum Verkauf:
1 Pferd (Däne), ein 2 1/2 zoll. Küstwagen,
1 Breitenwagen,
u. Franke, Merseburg, Telefon 635.

Mein großer Inventar-Ausverkauf

in Porzellan, Luxuswaren etc. hat begonnen!

SIEBEN

meiner neuen Schaufenster, Markt, Salzschäden und Nachmarkt sprechen wie alljährlich für die Preiswürdigkeit der angebotenen Waren.

Viele Reste Preise teils über 50% ermäßigt auf sämtliche Neuhetten und bei der Inventur nicht zurückgelegte Waren während des Inventur-Ausverkaufs 15% Rabatt.

Fahle

Leipzig Markt

Im alten Rathaus.
Bester Einkauf am Vormittag.

Zu bedeutend herabgesetzten Preisen

kaufen Sie in meinem

Inventur - Ausverkauf

Steingut / Porzellan / Glaswaren / Haus u. Küchengeräte
Geschenkartikel / Lederwaren
Sport artikel / Sport: essen.
Die Schaufenster sagen alles!

Hans Käther Ecke Kl. Ritterstr. 1

Müller's Hotel

Preiswerter Mittagstisch (Abonnement)

Deutsche Feuerbestattungsbahn

Flamme ohne jede Wartzeit unbedingter

Rechtsanspruch auf kostenlose Feuerbestattung gegen niedrige Monatsbeiträge.

Rein Kirchengenaustritt. Geschäftsl.: Dr. Günbert Merseburg Kl. Ritterstr. 10, 1. St.

Der Termin zur öffentlichen meißelnden

Verpachtung der Jagd

in dem gemeinshaftlichen Jagdbezirk d. Guts Grottel ist auf

Sonnabend, den 17. Jan. 25. nachmittags 1/2 3 Uhr im hiesigen Rathhause feilgeboten.

Starkebet, d. 30. Dez. 24. Der Jagdbesitzer Herr Dr. Hirsch.

Möbl.

Zimmer

von besseren Herrn per 1. Februar gef. Offerten u. F. M. 111 a. d. Spd. d. St.

Gegen Abhand

3-5 Zimmer-Wohnung v. ruhig best. Ehepaar zu miet. gef. 2. u. 4. u. 4. d. Filiale Gottfriedstr. 28 erbeten.

Wohnungstausch!

Hamburg — Merseburg Tausch 3-5 Zl. Wohnung in Hamburg geg. ähnliche in Merseburg.

Angst u. 440 an die Filiale Gottfriedstr. 28.

Preußen.

Von Dr. Marcyl, M. d. L.

Im Preussischen Landtag spielt sich der bei weitem wichtigste Abschnitt des Kampfes gegen die Vorherrschaft der Sozialdemokratie in Deutschland ab.

Der Wideranstreng des deutschen Volkes und die Erlangung der äußeren Freiheit haben zur unerlässlichen Voraussetzung die Befreiung einer inneren Ordnung, die den erreichbaren höchsten Grad sachlicher und nationaler Leistungsfähigkeit ermöglicht. Diese sachliche Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes aber wird auf das schmerzliche durch beeinträchtigt, daß der Zentralismus des Volkstörpers, der Staats- und Beamtenorganismus, infolge des herrschenden politischen Systems seine Funktionen nur mangelhaft erfüllen kann. Die wichtigste und größte Beamtenenschaft in Deutschland, der Beamtenkörper der preussischen Verwaltung und der preussischen Polizei, leidet vor allem Not, und der Wert seiner Arbeit für das Volksganze ist, trotz der Pflichttreue der großen Mehrzahl der Beamten, ungenügend. Die Sozialdemokratie als der entscheidende preussische Modifikator, hat den für die Wahrung der Beamtenenschaft früher entscheidenden Grundlag der sachlichen Eignung und sachmännlichen Vorbildung zurückgestellt und die Parteigehörigkeit den Ausschlag geben lassen. Dabei ist das besondere Verhältnis der sozialdemokratischen Partei und das Unglück des deutschen Volkes, daß die Sozialdemokratie auch nicht entgegen der nötigen Rücksicht sachlich geeigneter Persönlichkeiten verfügt, um die überaus große Zahl der von ihr beanspruchten Beamtenstellen auch nur einigermaßen angemessen besetzen zu können. Die von ihr betriebene Parteilichkeitspolitik hat aus diesem Grunde von vornherein den Staat viel geschädigt. Wenn man, als das etwa bei dem gleichen Verhältnis anderer Parteien der Fall gewesen wäre, die nach ihrer Zusammenfassung und nach ihrer historischen Entwicklung eine genügende Anzahl gesinnter und vorgebildeter Beamten in ihren Reihen hätte.

Auch die deutsche Rechte widerlegt sich keineswegs dem Streben, die Rechte, aus denen die Beamten genommen werden, weiter zu ziehen, als das in der Vorherrschendheit der Fall war. Gewiß können im Dienst einer Berufsorganisation oder in anderer Weise Menschenkenntnis, Allgemeinbildung und hervorragende Organisationsgaben erworben und entwickelt werden. Inwieweit der Rechtsparteien nehmen deswegen schon jetzt langem fehlende Bewerbtätigkeit und andere Berufsangelegenheiten einflußreiche Plätze im öffentlichen Leben der Partei ein.

Die Rechtsparteien bekämpfen nur das sozialistische System jener selbst parteimäßigen Beamtenauswahl, das die sachliche Eignung außer acht läßt und das in weitestem Kreise unseres Volkes bis tief in die Reihen der Unteren hinein entzündende Ablehnung gefunden hat.

Aber die sachliche Arbeit unserer Beamtenenschaft in Verwaltung und Polizei wird nicht nur durch die im höchsten Maße struppellose Parteimitgliedschaft bei der Auswahl, insbesondere der hohen Beamten, beeinträchtigt, sondern das herrschende System in Preußen richtet vor allem auch dadurch unverantwortlichen Schaden an, daß die an sich sachlich fehlerhaft ausgewählten Beamten überdies noch völlig auf den Parteikampf eingestellt sind und so zum großen Teil für die sachliche Arbeit noch weniger befähigt gemacht werden. Niemand kann bezweifeln, daß Beamte des neuen Preußen, wie der Oberpräsident Göring, der Führer des Reichsbanners Schwarzfeld, zwar für die sozialistische Partei außerordentlich wertvolle Mitarbeiter sein müßten, daß aber die auf rücksichtslosen Parteizweck eingestellte Ausfertigung ihrer amtlichen Tätigkeit eine sachlich befriedigende Erfüllung der Staatsaufgaben unmöglich macht. Und Oberpräsident Göring stellt einen Beamtenstypus dar, dem Hunderte von sozialistischen Parteifunktionären, die zu Beamten ernannt worden sind, nachziehen.

Die unmittelbare Gefahr für den Staat aber liegt darin, daß das in Preußen herrschende System die Politik der

Partei anvertraut hat, deren Grundlage und Programm der Klassenkampf ist. Der Klassenkampf stellt die verderblichste Art des latenten Bürgerkriegs dar, der, wie die Geschichte der letzten Revolution gezeigt hat, oft unerwartet schnell in den offenen Bürgerkrieg übergeht. Zudem ist der oberste Chef der Polizei, der sozialdemokratische Minister Seevering, gleichzeitig einer der Schutzherrn des Reichsbanner Schwarzfeld. In die äußere Form einer republikanischen Schutztruppe gebracht, ist das Reichsbanner doch im wesentlichen eine militärische Organisation der Sozialdemokratie, die einmal sehr leicht das Schwarzrotgold mit Not und in der Rolle des Schutzes der Republik mit der Rolle der Aufrechterhaltung des sozialistischen Staates vertauschen könnte. Die bevorstehenden Folgen einer Vereinerung der Macht über die Polizei und über das Reichsbanner in der Hand der Sozialdemokratie kann nur blinde Vertrauensseligkeit übersehen, die über den nationalen Regungen des einzelnen Sozialdemokraten die Grundtendenzen der sozialdemokratischen Partei vergißt.

Und wollen endlich die bürgerlichen Parteien die Unterdrückung der nationalen Bewegung durch die preussische Sozialdemokratie dauernd ertragen? Auch die Rechtsparteien wissen, daß der äußere Überbegriff gewisser nationaler Armeen aus realpolitischen Gründen gezeitigt werden muß, aber unerträglich ist der Satz, mit dem die sozialistischen Staatsbeamten Preußens die nationale Arbeit in den vaterländischen Verbänden verfolgen, und unerträglich ist, wie sie aus Sorge um die Partei immer wieder zu verhindern suchen, daß der Wille unseres Volkes zur nationalen Selbstbehauptung zu einer großen einheitlichen Volksbewegung wird, die das ganze Volk erfasst. Mag der einzelne Sozialdemokrat auch die Fähigkeit zum nationalen Handeln in sich tragen, die Partei wünscht das Erlöschen der nationalen Bewegung nicht, und die sozialdemokratischen Staatsbeamten fügen sich den Interessen der Partei.

Wird es jetzt gelingen, die der inneren und äußeren Wiederaufrichtung unseres Landes entgegenstehende Vorherrschaft der Sozialdemokratie in Preußen zu brechen?

Die Regierung Braun-Severing sucht sich dadurch am Nützlich zu erhalten, daß sie die in der preussischen Verfassung vorgeschriebene Neuwahl des Ministerpräsidenten durch den Landtag erst gelassen will, wenn die alte, aus der Zeit des vergangenen Landtages stammende Regierung ein Mißtrauensvotum erhalten hat. Für eine Neuwahl nämlich verfügt die aus Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratie bestehende Regierungskoalition nicht über die Mehrheit des Landtages. Einem Mißtrauensvotum aber glaubt sie eher geneigten zu sein, weil zur Annahme eines Mißtrauensantrages die Mehrheit nicht nur der im Hause anwesenden, sondern aller Mitglieder des Landtages notwendig ist. Es handelt sich um einen letzten, brutalen Versuch, die sozialistische Macht in Preußen am Nützlich zu erhalten. Der Versuch wird schwerlich gelingen, da das Nützlich nach der Willkür der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei auf die Unterdrückung der Kommunisten angewiesen sein würde. In Wirklichkeit setzt man deswegen bei der hinter alle Hoffnung darauf, daß es gelinge, die Deutsche Volkspartei wieder zu sich herüberzuziehen.

Nach dem sehr zögerlichen und teilweise überlegenen Verhalten, das die Deutsche Volkspartei nach den Neuwahlen im Kampf gegen den Vintismus an den Tag legt, wird diese Hoffnung der Sozialdemokratie zustanden werden. Es ist vielmehr sicher, daß der Rückstand der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gegen den verfassungsmäßigen Fortbestand des Kabinetts Braun-Severing mit allen parlamentarischen Mitteln unbegrenzt durchgeföhrt werden wird.

Es wird Sache des Zentrums sein, sobald es die Undurchführbarkeit der jetzigen Koalitionsregierung erkannt hat, den einzig möglichen Weg zur Bildung einer zuverlässigen Regierungsgemeinschaft gemeinsam mit den Rechtsparteien zu beschreiten und das in der gegenwärtigen Lage besonders unnatürliche Bündnis mit der Sozialdemokratie zu lösen.

Glauens Verprechungen für das Memelgebiet.

Zehs Jahre der Ungewißheit

Wenn das von Deutschland losgerettete Memelgebiet den Verprechungen eben und befreit würde, dann müßte es den Memelländern gegenwärtig wirtschaftlich und politisch über alle Maßen gut gehen, denn Vitanen hat mit Verprechungen an das unglückliche Völkchen nicht gepart. Autonomie, freie wirtschaftliche und kulturelle Entfaltung sind ihm zugesagt, durch Statuten und Parlamentsbeschlüsse verbrieft — aber bis zur Gegenwart, sechs Jahre nach Freiheitsfindung, nicht verwirklicht worden. In diesen langen Jahren hat das Völkchen unglückliche Tragen müssen. Vor allen Dingen die überwiegend deutsche Bevölkerung steht in ständigen Kampf um ihre kulturellen Güter. Die evangelische Kirche ist den erbitterten Angriffen großkitauflicher Kirchenpolitiker ausgesetzt, die mit aller Macht und mit Unterstützung der beherrschenden Stellen die Trennung von der deutschen Mutterkirche betreiben. Die kitzlich verlässliche Weltanmaßung in kirchlichen Kreisen muß notwendigerweise die Spaltung der evangelischen Kirche des Memelgebietes zur Folge haben. Durch eine Reihe großkitauflicher Schulreife sollen die Schulen stauffert werden. Die deutsche Lehrerschaft wird zahlenmäßig immer geringer und der Ertrag wird aus Lehrertreuen entnommen, die eine Gewähr dafür bieten, daß ihre Jugenderziehung in litauischen Interesse begreifen. Die deutsche Bevölkerung des Memelgebietes wird vertrieben, die deutsche Presse, die die Interessen der Deutschen vertritt, ist gestopft, bis zu einem gewissen Grade mundtot gemacht. Ausweisungen Deutscher auf Grund von Denunziationen, die Verschleppung von Memelländern vor litauische Gerichte sind nicht auf Einzelfälle beschränkt geblieben.

Alle diese Vorwurfsfälle sollten nach den Verprechungen, die dem Memelländern gemacht wurden, vermieden werden. Die Vitanen kein Wort nicht einfließen, ist von verhängnisvollem Einfluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes geworden. Handel und Wandel hinken. Die Landwirtschaft findet für ihre Erzeugnisse keinen Absatz, die Hauptindustriezweige, die Holzindustrie, ist fast lahmgelegt, die Arbeitslosigkeit ist in bedrohlicher Höhe gestiegen und der einst bestehende Wohlstand ist fast gänzlich erloschen. Die polnisch-litauische Konflikt tut ein Ubriges, um Handel und Wandel lahmzulegen. Der einstufige Holzindustrie und Handel wichtige Memelst, bringt nur noch wenige Holzflöße ins Land. Das Memelgebiet und Vitanen als das natürliche Transitland zwischen Deutschland und Russland werden wegen des sich wachsenden Anstaus und Vitanen einfließenden Warenverkehrs dieses Absatzes nicht erfüllen kann. Die polnisch-litauische Konflikt tut ein Ubriges, um Handel und Wandel lahmzulegen. Der einstufige Holzindustrie und Handel wichtige Memelst, bringt nur noch wenige Holzflöße ins Land. Das Memelgebiet und Vitanen als das natürliche Transitland zwischen Deutschland und Russland werden wegen des sich wachsenden Anstaus und Vitanen einfließenden Warenverkehrs dieses Absatzes nicht erfüllen kann. Die polnisch-litauische Konflikt tut ein Ubriges, um Handel und Wandel lahmzulegen. Der einstufige Holzindustrie und Handel wichtige Memelst, bringt nur noch wenige Holzflöße ins Land. Das Memelgebiet und Vitanen als das natürliche Transitland zwischen Deutschland und Russland werden wegen des sich wachsenden Anstaus und Vitanen einfließenden Warenverkehrs dieses Absatzes nicht erfüllen kann.

Das Eigentum der deutschen Wissenschaftsgesellschaft.

Sachverständige Mütter melden, daß bis heute unter Aussicht gestellte Eigentum deutscher Wissenschaftler wieder freigegeben ist. Die namentlich aufgeführten Wissenschaftler erhalten von neuem das volle Verfügungsrecht über ihr Eigentum und können darüber wieder in derselben Weise verfügen, wie sie dies vor dem Kriege tun konnten.

Sachverständige freigegeben.

Das Kriegsmaterial in Orleans hat nach eingehender Prüfung des Altmetallmaterials im Falle de Gaulle, über den wir letzterzeit berichteten, mit vier gegen drei Stimmen die vorläufige Freilassung Sachverständiger angeordnet. Sachverständige in Begleitung seiner Gattin gestern Abend nach Paris abgereist.

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman.

Von Günther von Hohenfels.

Amerikanisches Copyright by Carl Dunder, Berlin 1923.

(Nachdruck verboten.)

13) „Wir wollen es zusammen tun. Jetzt glaube ich, bin ich wieder Herr meiner selbst. Ich müßte Ihnen sagen, was mich als furchtbare Leberzeugung erfüllt, und nun besteht Sie die Probe. Ich mahne Sie an die Freundlichkeit, die Sie mir vorhin gelobten. Jetzt wollen wir beide zusammen um die Ehre meines Vaters kämpfen. Wir müssen dem Feind offen in das Gesicht sehen. Mein Vater kommt nicht zurück. Das weiß ich bestimmt. Wer kann ihn die Tat beweisen, wenn er selbst nicht zugegen ist? Jetzt suchen Sie den besten Rechtsanwalt, nehmen Sie den gewandtesten Detektiv an. Opfern Sie welche Summe Sie wollen. Jetzt müssen wir beweisen, daß mein Vater unschuldig ist. Es beweisen, obgleich wir selbst nicht daran glauben können. Wir beide, wir wissen ja, wie edel, wie groß, wie gut er war, wenn der furchtbare Jähzorn nicht seinen Geist trübte. Wir beide müssen also zusammenstehen und müssen die Firma erhalten.“

Eine erste Begeisterung klang aus ihren Worten.

„Jetzt hole ich Vaters Brief.“

Wie ging in das Nebenzimmer und schloß den Tresor auf, zu dem ihr der Vater den Schlüssel gelassen und in den sie den Brief gelegt hatte. Sie kam wieder zurück und schnitt langsam und mit bebenden Fingern den Umschlag auf.

Bremen, 20. Januar 1922.

„Mein letzter Wille!“

Wir Menschen unterliegen alle dem unerbittlichen Willen des Schicksals! Für den Fall, daß ich von dieser Reise nicht heimkehre, ist die alleinige Erbin der Firma und meines Vermögens meine Tochter Johanna. Ich mache es ihr zur Pflicht, dafür Sorge zu tragen, soweit ihre Kraft reicht, die Firma zu erhalten, sonst aber sie lieber aufzugeben, als in andere Hände übergehen zu lassen. Sie

hat die Hälfte aller Gewinne alljährlich dem Erben meines verstorbenen Bruders Dieter auszugeben und ihm bei einer Auflösung der Firma ebenfalls die Hälfte zu geben. Mit-eigentümer aber ist er nicht; er darf auch nie als Inhaber derselben in mein Kontor eintreten. Ich erwarte, daß meine liebe Tochter Johanna die Ehre meines Namens vor der Welt unbeschädigt hält und tut, was ich ihr am letzten Abend gesagt habe.

Sollten Umstände eintreten, die es notwendig machen, daß meine Tochter schon während meines Lebens eingreift, so soll sie von dem Tage an, an dem ich mit dem „Fortritio Dag“ den Safen verlassen habe, berechtigt sein, diesen Brief zu öffnen und als freie Herrin in der Firma zu schalten. Sie wird dies bis zur Gewißheit meines Todes in meiner Vertretung tun und mir — hier oder im Jenseits — Rechenschaft leisten. Eine notariell beglaubigte Vollmacht liegt bei. Meinem langjährigen Mitarbeiter und Freunde Swendholm mache ich es zur Pflicht, meiner Tochter Johanna ebenso treu zur Seite zu stehen, wie er es ein Menschenalter mit getan.

Und nun: Ueber uns allen das Fatum! Die ewige Gerechtigkeit und Vergeltung für Gut und Böse! Und hier mein heiliger Schwur: Ich habe nie einen Schritt vom Wege des Guten getan, solange ich mich meiner selbst bewußt war! Nur der Jähzorn hat mich zu dem Unglück meines Lebens gebracht, das ich bisßen mit soer letzten Stunde. Mein Bruder! Johanna — du liebst mein Sohn. Ich bitte dich — ich weiß, wie es dich schmerzt. Ich lege dir kein Verprechen auf, aber — denke, daß ich am Tode meines Vaters die Schuld trage — wie wäre es möglich, daß er das vergessen könnte. Er müßte ein Engel sein, und Engel gibt es nicht auf der Welt und am wenigsten unter den Bruhns. Ich zürne ihm nicht. Ich bitte ihn, aber ich konnte ihn nicht sehen und ich kann es nicht ertragen — genug. Liebe wohl, Johanna!

In inniger, heiliger Liebe, wie sie den Menschen erfüllt, der Abschied nimmt. Silvester Bruhns.“

Wieder weinte Johanna laut auf und Swendholm mußte sich lamfeln.

„Fräulein Johanna, wir müssen den Brief vernichten, man könnte ihn für ein Geschäftnis halten.“

Sie schüttelte wehmütig den Kopf.

„Warum uns betrogen? Es ist ein Geschäftnis.“

„Noch einmal, wir müssen ihn vernichten.“

„Das vermag ich nicht, aber wir müssen ihn verbrennen. Das soll meine Aufgabe sein. Wie könnte ich in der Stunde vernichten, was vielleicht das Letzte ist, was ich von ihm habe.“

„Jedenfalls nicht wieder in den Tresor. Ich vermute, daß diesen das Gerücht durchfallen wird.“

Johanna war wieder geschoen.

„Sie haben recht, kommen Sie, Swendholm. Zum Klagen ist später Zeit, wir wollen nachsehen, was der Tresor birgt.“

Sie stand energisch auf und ging ihm voran. Es waren zum Glück Kapitere, zuoberst die Vollmacht für Johanna, dann Familienurkunden. Johanna durchwühlte den Inhalt mit kitzelnden Fingern. „Inunter einige Kästchen mit dem Briefantigen der Mutter. Er lag hier unberührt, seit sie gestorben. Dann eine kleine verpackte Pappschachtel, auf der mit Bleistift geschrieben stand: D. B.“

„D. B.? Heißt das Dieter Bruhns?“

Draußen ging die Klingel. Unwillkürlich erricht Johanna, stellte das Kästchen ein, schloß eilig den Tresor und war mit Swendholm wieder im Erkerzimmer, aus dem Wädchen enttrat.

„Herr Landgerichtsrat Sendlin und ein anderer Herr.“

„Ich lasse bitten.“

Als das Wädchen hinaus war, sagte Johanna: „Schnell Swendholm, nehmen Sie das Kästchen und den Brief.“

Als Swendholm beides eingekleidet hatte, traten die Herren ein. Natürlich war der Richter Johanna bekannt. Einträgliches Fräulein, die bin untröstlich. Sie ist in einer traurigen Veranlassung hier zu müssen. Ich weiß nicht, wie weit Herr Swendholm bereits — (Fortf. folgt.)

Unser freies aus dem Kampf um die Arbeitszeit.

Es ist nicht mehr zweifelhaft, daß wir vor großen Kämpfen in der Arbeitszeitfrage stehen. Die weitere Öffentlichkeit ist über die eigentlichen Treiber in diesem Kampfe, die sowohl unter den Gewerkschaften als auch im Reichsarbeitsministerium zu finden sind, zu wenig unterrichtet. Wir bringen deshalb nachstehend einen aus von Arbeitsgebiete zugestellten Bericht, der sich mit diesen Dingen befaßt, gern zum Abdruck. (D. Weh.)

Die Gewerkschaften fordern vom Reichsarbeitsminister, daß er auf Grund des § 7 der Arbeitszeitverordnung vom 21. 12. 1923 für Höchsten und Rokokereien die zweigeteilte Schicht verbieten und diese Betriebe zur dreigeteilten Schicht zwingen soll. Der Minister hat sich zweifellos den Gewerkschaften gegenüber in dieser Frage gebunden und ein entsprechendes Vorgehen zugesagt. Er ging dabei mit dem Gedanken um, nur einen Teil der Arbeiter der Höchsten und Rokokereien zu erfassen, die anderen aber in der jetzigen Arbeitszeit weiter arbeiten zu lassen. Das ist natürlich vollkommen unmöglich. Es bedeutet die Einführung der dreigeteilten Schicht für einen Teil der Höchstenbetriebe den Kampf auf der ganzen Linie bis zur Einführung des vierfünftages überbauen, wie von den Gewerkschaften (auch den christlichen) und vielen Betriebsräten offen zugegeben worden ist. Das heißt weiter, daß die Untertagearbeiter im Bergbau, die immer eine längere Arbeitszeit gehabt haben als die Lebertagearbeiter, eine solche Vergrößerung wieder verlangen werden; das würde für die Untertagearbeiter im Steintohlenbergbau eine Forderung auf Verabreichung der Arbeitszeit auf 7 Stunden sein. Die hierdurch bedingte Verteuerung der Kohle und die Verteuerung der Eisenrohprodukte ruinieren unsere Wirtschaft vollkommen. Der Reichsarbeitsminister hat sich deshalb in dieser Erkenntnis den Vertretern von Arbeitnehmern und Zehnerbänden gegenüber feierlich gebunden, daß er eine Verkürzung der Arbeitszeit der Bergarbeiter unter Tage nicht zulassen werde. Eine solche Verkürzung ist natürlich wertlos, da hinter ihr weder die Macht noch der Wille zur Verwirklichung steht. Die wenig Einfluss und auch wie wenig Mut die Regierung besitzt, beweisen die Bergbaukämpfe im Mai v. J.

Nun war der Reichsarbeitsminister anscheinend des Glaubens, daß ihm der Reichsarbeitsrat ohne weiteres eine Blankovollmacht in bezug auf Arbeitszeit in Rokokereien und auf Höchsten ausstellen werde. Dies ist vorläufig noch nicht geschehen. Der eingeleitete Arbeitsausflug hat zu keinem einseitigen Votum kommen können. Nun wird es Sache des Sozialpolitischen Ausschusses sein, das erbetene Gutachten zu erlassen.

Den letzten Vorstoß des Reichsarbeitsministers, der sich sowohl gegen den Reichsarbeitsrat als auch gegen das Reichswirtschaftsministerium richtete, findet man nun in dem durch „Wolff“ verbreiteten Interview mit einem Vertreter des „Deutschen“. Dieses Interview ist um so erstaunlicher, als der Reichsarbeitsminister selber nicht unterrichtet ist über die Einträge, welche die Kommission des Reichswirtschaftsrates gehabt hat. Er ist bestimmt unterrichtet über die schweren Bedenken des Reichswirtschaftsministers und er muß unterrichtet sein über den Einbruch, den seine zur Prüfung der Zustände in der Bergbau- und Hüttenindustrie gefandene Kommission von dort mit nach Berlin gebracht hat.

Die Festlegung der dreigeteilten Schicht auf den Höchsten und damit in der Gesamtgrößtenindustrie und auf den Rokokereien und damit im Bergbau will der Reichsarbeitsminister in das im Entwurf befindliche Arbeitszeitgesetz, das vom neuen Reichstag beschloffen werden muß, anscheinend unbedingt herbeiführen. Der Grund hierfür liegt in der Fassung, die der Minister zweifellos gegenstandslos zu machen wünscht der Arbeitsminister von Frankreich, England, Belgien und Deutschland in Bern gemacht hat dahingehend, ein Arbeitszeitgesetz in Deutschland zu erlassen, das eine Ratifikation des Washingtoner Abkommens ermöglicht. Ueber den tatsächlichen Verlauf der Berner Konferenz wird von der Regierung absolutes Stillschweigen geübt. Ein Schluß

auf die Abfrage läßt sich aber leicht aus den Vorarbeiten für das neue Arbeitszeitgesetz ziehen. Dr. Brannschweig beachtet ein Rahmengesetz zu schaffen nach der Art des französischen, das theoretisch den Achtstundentag mit entsprechenden Ausnahmen vorseht, ihn in der Praxis aber freilich offensichtlich zu fiktiveren läßt. Nun ist aber das Ziel, die Arbeitszeit unter einer Arbeitszeitkontrolle durch den früheren französischen Ministationsminister und jetzigen Leiter des Internationalen Arbeitsamtes, Thomas, sehr viel leichter das Gesetz umgehen kann, als das slavisch gebundene Deutschland. Der französische Thomas wird es sich nicht einfallen lassen, sich in die französischen Angelegenheiten zu mischen. Wenn er es aber doch tut, wird sich dort kein Mensch um eine solche Einmischung kümmern, abgesehen natürlich von vorher vereinbarten Fällen. Für Deutschland aber, das der rigorosen Prüfung jeder Beschwerde ausgesetzt ist, bedeutet ein Rahmengesetz im Sinne des französischen die wirtschaftliche Erdrosselung. Das ist es ja auch, was in den Industriekreisen der Entente gewünscht wird, denn schließlich hat England den Krieg doch mindestens ebenso sehr zur Beseitigung des wirtschaftlichen Konkurrenzgefühls, als zur Verwirklichung des Verdobers auf dem Weltmeere. Und dann kommt hinzu, daß das Arbeitsamt in Genf bald keine Beschäftigung mehr hat. Wenn es nicht eine neue Aufgabe erhält, dann stirbt es an geistlicher Maultiere. Es ist deshalb für Thomas von außerordentlichem Wert, daß ihm mit der Prüfung der deutschen Verträge eine weitere Dauer seiner angenehmen Stellung garantiert wird.

Nun hatte der Reichsarbeitsminister zwei Herren zur Prüfung der Verhältnisse in das Industriegebiet geschickt, und das Ergebnis dieser Prüfung war, daß die wirklichen Verhältnisse anders aussehen als in Berlin angenommen wird. Die Arbeitsgebiete könnte also, wenn Vernunft und der Ausblick über die rühmliche Weiterentwicklung entgegenzusehen. Leider sind die Gewerkschaften wenig geneigt, der wirtschaftlichen Vernunft zum Siege zu verhelfen. Am unangehörigen benehmen sich die christlichen Gewerkschaften. Man gewinnt aus ihrem Verhalten den bestimmten Eindruck, daß sie die Sozialisten und Kommunisten noch überbrumpfen wollen. Die christlichen Gewerkschaften haben am 13./14. Dezember 1923 das Arbeitszeitabkommen in der Eisenindustrie und damit die Verlängerung der Arbeitszeit ermöglicht. Die damalige Haltung des christlichen Metallarbeiterverbandes wurde von dem Deutschen Metallarbeiterverband, speziell aber von den Kommunisten, bei den Betriebsratswahlen geschickt ausgenutzt. Es wurde die Parole aufgestellt: „Wer kommunistisch wählt, erhält den Achtstundentag“, und so erlitten die Christlichen große Verluste. Anstatt nun ruhig einen Wechsel dieser Stimmung abzuwarten, einen Wechsel, der auch eingetreten ist, da die Arbeiterfrage heute dauernd um Geld zu verdienen und nicht fortwährend um Kämpfe durchzuführen zu müssen, ist nun die Politik des christlichen Metallarbeiterverbandes ebenso wie die des Gewerkschafts im Bergbau ins Gegenteil umgeschlagen. Diese Verbände sind heute radikaler als die roten Gruppen. Der Reichsarbeitsminister führt diese Politik, um den christlichen Gewerkschaften in ihrem Kampf um ihre Existenzberechtigung einen Erfolg zuzuführen.

Kreditaktion des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft teilt mit: Die deutsche Landwirtschaft kann nur dann wettbewerbsfähig sein, wenn sie in der Lage ist, auf der inneren und äußeren Märkte den höchsten Erträgen zu Gelingen zu verhelfen, die bei der ausländischen Landwirtschaft nicht überbieten. Es ist daher notwendig, daß die Betriebe zur intensiven Bewirtschaftung übergehen. Zu diesem Zwecke ist die Motorisierung der landwirtschaftlichen Betriebe das Gebot der Stunde. Die deutsche Kraftflugindustrie hat trotz ihrer gegenüber der ausländischen Wirtschaftlichen, namentlich gegenüber den letzten Jahren, sehr großen Aufschwüngen ihre Kraftgeräte mehr und mehr verblüßt und technisch weiter ver-

vollkommen. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat nun die Berechtigung erteilt, Kredit in die Wege zu leiten, um den noch bestehenden Erzeugnisunterschied zwischen den deutschen und amerikanischen Erzeugnissen der Kraftflugindustrie zugunsten unserer Erzeugnisse auszugleichen. Die Beschaffung der verfügbaren Kredite zwingt es allerdings dazu, in erster Linie kleinere Kraftgeräte, die für den mittleren und kleineren Besitz von Fliegern sind, zu erschließen. Der Wunsch, die Aktion schon für die kommenden Frühjahrsarbeiten nutzbar zu machen, machte eine beschleunigte Durchführung der Ausgabe notwendig. Eine Ausdehnung dieser Aktion wird aber vom Ministerium betrieben. Die Spitzenverbände der Landwirtschaft, die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, die Genossenschaften und die Verbände des Landmaschinenhandels haben sich in den Dienst der Sache gestellt und sich bereit erklärt, sie in jeder Weise zu fördern.

Das deutsch-italienische Wirtschaftsprotokoll.

Zu dem von der deutschen Delegation in Rom mit der italienischen Regierung abgeschlossenen Wirtschaftsprotokoll wird bekannt, daß es bis zum 31. März d. J. läuft. Die allgemeine beiderseitige Wertschätzung wird durch den Vertrag festgehalten. Von der Weisheit der getroffenen Handelsverträge sind im Protokoll lediglich folgende Waren: Von italienischer Seite ist Deutschland eine besondere Zollbehandlung zugewandt worden, für: Tomaten, Trauben, Nüssen, Schokolade, Zerpenneln, Weinergarne, Schilf- und Formierstoffe, Zellulose, Schokolade, Indurite und verschiedene Holzarten, sowie verschiedene Textilien. Auf der anderen Seite hat sich die deutsche Regierung mit einer Sonderbehandlung nachsehender Waren einverstanden erklärt: Baumwolle, Seide, Wolle, Kunststoffe, Kunststoffe, Bekleidungsgegenstände, die meisten Eisen- und Stahlartikel (Bühnen, Eisen, Stahl) Lokomotiven, Kessel, Pumpen, Elektrodynamos, Transformator, Akkumulatoren, Metallgitter- und Wassermesser, sowie Waffen, Munition und Fahrzeuge.

Beunruhigung im Saargebiet über die Zollabschnürung.

Mit dem 10. Januar ist das Saargebiet als handelswirtschaftlich vom Deutschland getrennt und in die französische Zollzone übergegangen. Seither war auf Grund des Sozialrats vom Reichsleiter Vertrag die Ein- und Ausfuhr zwischen Deutschland und dem Saargebiet stillgelegt. Seit Sonntag wird auf alle Waren nach und von dem Saargebiet der für Frankreich übliche Zoll erhoben, was eine weitere Verengung vom Mutterland bedeutet. Die Bewohner des Saargebietes sind in großer Verwirrung und Unruhe, denn da gegen Deutschland höhere Tarife gelten, muß sich das Saargebiet billigere Waren aus Frankreich oder Belgien zu beschaffen suchen. Im Saargebiet ist bekanntlich der französische Frank das vornehmste Zahlungsmittel, und deshalb wirt die Zollabschnürung schon jetzt ihre Schatten in bezug auf Einkünfte der Kaufkraft und Erhaltung der Lebenshaltung. Die durch die Zollabschnürung bedingte Verengung wird in der nächsten Zeit in der Höhe der einzelnen Märkte nach Deutschland, besonders ins besetzte Gebiet, gegangen sind. Man erwartet allgemein eine Regelung dieses Problems im Verlauf der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Sitzungsbeginn des italienischen Parlaments.

Nom. 12. Jan. Die heutige Anwesenheit des Parlaments dauerte nur eine Stunde. Unterstaatssekretär Cora erklärte auf eine Interpellation des Abgeordneten Benzi, die Präsidenten-Senjur in Sidiro richtig ist nicht gegen das deutsche Element, sondern sei nur eine logische Ausdehnung der allgemeinen Zensur, da die in der ersten Sitzung der allgemeinen Sitzung der Reichstag, Fremden wurde eine im heutigen Ministerrat angenommene Vorlage vorgelegt, die die Aufhebung aller geheimen Gesellschaften vorseht. Diese Vorlage richtet sich in erster Linie gegen die Logen, wird sich aber wohl auch gegen politische Vereine ausdehnen. Mitdies beginnen die mit größtem Interesse verfolgten Debatten zur Wahlrechtsfrage, die durch das neue Verhältnis der Regierung an der Zustimmung in der Mehrheit wird. Giolitti hat die Zustimmung in der Regierung für unannehmbar erklärt.

Psychologie und Realpflege.

Von Dr. G. W. Ehemer.

Maxdorn verb. Oswald Spengler fällt im 1. Bande seines Hauptwerkes ein sehr hares Urteil über die gegenwärtige Psychologie, die ihm in jeder Beziehung unfruchtbar und damit letzten Endes einfach zweck- und sinnlos erscheint. So scharf-bildend der in seinem verblüffend umfassenden Wissen und seiner unbestechlichen Kritik gleich bewundernswerte Forscher sonst die Mängel seiner Zeit erkennt, in diesem Punkte muß ihm widersprochen werden. Gewiß ist die Psychologie nach Methode und Problemstellung heute mehr ein Zweig der Naturwissenschaft als der Philosophie, und die großen Fragen nach „Freiheit und Unsterblichkeit“ sehen nicht mehr im Mittelpunkt psychologischer Forschung. Aber was sie in weiser Erkenntnis ihrer Grenzen auf der einen Seite aufweist, gewinnt sie auf der anderen Seite durch die Grundlegung einer Technik, eben einer „Psychotechnik“, deren Ausgestaltung zwar nicht für die Verwirklichung unserer Weltanschauung, wohl aber für das praktische Leben des Einzelnen wie der Gesellschaft von unschätzbarem Wert werden kann.

Die heutige Psychologie ist durch zwei Hauptmerkmale gekennzeichnet: durch enge Zusammenarbeit mit der Physiologie, der Wissenschaft von den Vorgängen im lebenden Organismus, und durch die experimentelle Methode. Ein Beispiel wird dies deutlich machen. Ich wähle dazu das Kapitel von den „Atmungssymptomen der Ägä“.

Schon vor längerer Zeit habe ein gewisser Benniff beobachtet, daß sich die Atmung bei der Bewußtlosigkeit in bestimmter Weise verändert. Nach neueren Untersuchungen handelt es sich um eine Verchiebung des Sauerstoffes zwischen Ein- und Ausatmung, dergestalt, daß die erstere etwas kürzer und heftiger ausgeführt wird. Diese Verchiebungen sind indessen so geringfügig, daß sie sich der unmittelbaren Beobachtung entziehen. Sie lassen sich jedoch durch geeignete Vorrichtungen sichtbar machen und ihr Ablauf kann tatsächlich, so festlich es klingt, der Nachwelt aufbewahrt werden.

Wissenschaftler antwortete und die Bewegungen durch eine weitere Vorrichtung in Form von Kurven auf eine bestimmte Skala übertragen, wurde zunächst eine „Normkurve“ aufgenommen. Darauf wurden mir verschiedene andere vorgelegt, auf deren Abszissen und Ordinaten in geometrischen Figuren angeordnet waren, etwa ein Kreis aus Zahlen oder ein Dreieck aus Buchstaben, und ein bestrich ich das Gelebene — bei zwei Kurven richtig, bei zwei anderen, der zweiten und dritten, lag ich nach Herzenslust. Die übrigen Teilnehmer, die mir natürlich nicht in die Karten gucken durften, hatten dann jedesmal loszulassen nach Augenmaß zu entscheiden, ob ich richtig oder falsch ausgelegt habe. Es gewährte mir einen Sodgenuss, festzustellen, daß ich die Mehrheit glänzend hinter mich zu führen vermochte, indem ich mir bei der richtigen Beschreibung den Anschein gab, als läge ich, bei der Ägä dagegen mein argloses Niedermannsgesicht auflegte. Der Versuchsleiter erwies sich jedoch als unerbittlicher Wahrfahrer — nicht aus den Karten, denn die hatte er auch nicht eingesehen, sondern aus den Atmungskurven, die er sorgfältig mit, indem er die Atmung während der Auslagen mit der normalen verglich.

Dieses Ergebnis war in der Tat verblüffend. Wenn auch in jedem Falle einige Beobachter mich „richtig“ eingeschätzt hatten, so mag doch auch manches Urteil aus Geratewohl abgegeben worden, Ergebnis eines unklaren Satens gewesen sein, so daß die Zählung in noch höherem Grade gelang, als das Zahlenverzeichnis ihrer richtigen und falschen Urteile belegte.

Es wäre freilich verfrüht, wollten leberfertige diese Ergebnisse sofort in die Praxis umsetzen wollen, etwa — was nahe liegt — in die Praxis des Untersuchungsrichters. Was wir dahin kommen, müssen die Untersuchungen noch in größere Tiefen dringen. Bei dem geduldeten Versuch handelte es sich um recht grobe Aufgaben — eine Karte wurde richtig, eine Karte falsch beschrieben; wie aber steht es bei Halbwahrsheiten, leinen Beschreibungen, bedenklichen Begleitfragen? Ich führe diese Gedanken, die sich dem kritischen Leser aufdrängen werden, selbst an, um dem Vorwurf der Ueberhebung, des Reichthums die Spitze abzubrechen.

Auf der anderen Seite aber steht eine Ueberlegung sehr zu Gunsten der Atmungssymptom-Theorie und ihrer Verwertbarkeit: ich lag nicht als mehr oder weniger angelegter Scherwideracher im Untersuchungsstuhle, sondern als ein Leb- und Leben ungeschädigte Versuchsperson, hatte also gar keine Veranlassung, mich bei der Ägä irgendwie aufzuregen. Es dreht sich ja auch gar nicht um „Aufregung“ überhaupt, sondern um einen ganz bestimmten kaum merk-

baren Erregungsvorgang als spezifische Begleiterscheinung der bewußten Ägä. Das wurde besonders deutlich in den Fällen, wo ich richtig ablas, mir jedoch mit Erfolg den Anschein der Ägä zu geben, also eigentlich auch zu täuschen suchte. Hier ergab sich, daß lediglich das Bewußtsein der falschen Aussage maßgebend ist.

Wenn erst ausgedehnte und verwinkelte Versuche ein genaueres Bild von den Zusammenhängen zwischen Atmung und Ägä entworfen haben, dann wird es wohl möglich sein, derartige Experimente mit Vorlicht in der Praxis des Untersuchungsrichters zu verlernen. Zwar wird ein feiner Verantwortung bewußter Richter dieses Mittel nicht als einen Zauberschlüssel ansehen, als eine Art modernen Gottesurteils, mit dessen Ausgang die Schuldfrage eine größere Rolle spielen können als zu mancher „Ansbizensbeweis“, der nur neue (und doch stets aufmerksame) Beobachtungs-momente und verglichen in die Untersuchung einbezieht.

Die oft aus Unklarheiten grenzende Selbstbeherrschung vieler Beobachter ist bekannt — ich nenne nur den Namen Grans. Sie begegnen den verblüffendsten Fragen, den gefährlichsten Konfrontationen mit dem Gelebten und Säße, die bisweilen an ihrer Schuld zweifel läßt, jedenfalls aber die Beherrschung sehr erweist. Aber — was heißt „Selbstbeherrschung“? Beherrschung kann man lediglich die äußeren Ausdrucksbewegungen, das Mimikspiel, den Blick — nicht aber die inneren Organprozesse: Atmung und Puls. Auch das Pulsbild, vom logenartigen Sphygmographen aufgenommen, kann lehrreich sein. Wir kennen typische Pulsbilder als Begleiterscheinungen verschiedener Affekte, der Ueberregung, der Beunruhigung, der Angst, des Schreckes. Eine Reihe solcher Puls- und Atmungsbilder, während des Verfahrens aufgenommen und zum jeweiligen Inhalt des Verfahrens in Beziehung gesetzt, würde die Aufmerksamkeit auf manchen Punkt lenken können, über dessen Bedeutung die „Selbstbeherrschung“ des Beobachteten hinwegtäuschen möchte und oft genug wirklich hinwegtäuscht.

Die Folterwerkzeuge „Ägä“ heute nur noch die Wunden. Ihre Anwendung war nicht nur noch, sondern auch ungewöhnlich, weil sie auch Bekennnisse in vollführter Straftaten erzwingen und, in ihrer möglichen Graden, nur den Empfindlicheren gegenüber dem „Abgeklärten“ in Nachteil setzte. Die Mittel der experimentellen Psychologie, die auch dem zartbesaiteten Phantasten einen Angriffspunkt bieten, werden vielleicht schon in absehbarer Zeit geeignet erscheinen, Dammensgräben und spanische Stiefel auf glückliche zu erziehen.

